

AKTUELLES aus der Gemeinde

Die Gemeindefinanzen in Gefahr?

Die finanzielle Situation der Gemeinde hat sich dank gesteigener Steuereinnahmen in den letzten zwei Jahren deutlich entspannt. Dennoch ist die Lage nicht so rosig, wie die Erfolgsberichte aus dem Rathaus Glauben machen wollen. Die schlechte Umsetzung

von modernen Finanzierungsinstrumenten (PPP-Projekten) kann die Gemeindefinanzen auf Jahre hinaus belasten. Kosten für neue Projekte wie der angestrebte Bau eines Gymnasiums wurden bisher nicht berücksichtigt.

Die Finanzierung des Seniorenzentrums über PPP

Der Begriff „Public Private Partnership“ (PPP) steht für eine neue Art des Zusammenwirkens von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft. Mit PPP wurden im öffentlichen Hochbau langjährige Erfahrungen gemacht. Man kann damit die Risiken von Bauprojekten besser einschätzen und somit geringere Kosten ermöglichen.

Beim Seniorenzentrum besteht die PPP darin, dass private Investoren Geld und Fachwissen zur Verfügung stellten, um das Gebäude zu errichten und zu unterhalten. Im Gegenzug verpflichtete sich die Gemeinde, das Gebäude langfristig abzuzahlen.

Die Vorteile für die Gemeinde lagen klar auf der Hand:

- ★ Die Baukosten wurden deutlich gedrückt, da die Bauaufträge nicht öffentlich ausgeschrieben werden mußten.
- ★ Da die Zahlungen erst nach der Fertigstellung des Gebäudes anfielen, wurde das Heim zügig fertig gestellt.
- ★ Die professionelle Kostenkontrolle durch die privaten Partner führte dazu, daß der vorgesehene Kostenrahmen exakt eingehalten wurde. Eine Kostenexplosion wie im Falle der Blue Box war damit nahezu ausgeschlossen. *Fortsetzung auf Seite 3*

Bluebox um 37 % teurer – warum?

Die Blue Box wurde vor über einem Jahr ihrer Bestimmung (freie Jugendarbeit, Schützenheim) übergeben. Nun legte der Architekt, zweiter Bgm. Hans Loidl, dem Gemeinderat die Schlussabrechnung vor. Ein Grund, auf Licht und Schatten des Bauprojekts einzugehen:

- ★ Die Blue Box ist ein freundliches und helles Gebäude geworden, das zum Verweilen, Spielen und Arbeiten gleichermaßen einlädt.
- ★ Die Architektur gepaart mit der Lage ist ein echter „Hingucker“ und macht neugierig.
- ★ Die Materialwahl speziell im Inneren ist geeignet, die Phantasie anzuregen und für Wohlbefinden zu sorgen.

Aber rechtfertigt das eine Kostensteigerung von ca. 370.000 € oder 37% gegenüber den ursprünglichen Vorgaben des Gemeinderats? Wenn Bgm. Mayer nach Abschluss der Maßnahme behauptet, die Blue Box hätte es nicht billiger gegeben, dann ist das eine Missachtung des Gemeinderats, der einstimmig eine Kostendeckelung von 1 Mio € verabschiedet hatte. *Fortsetzung auf Seite 2*



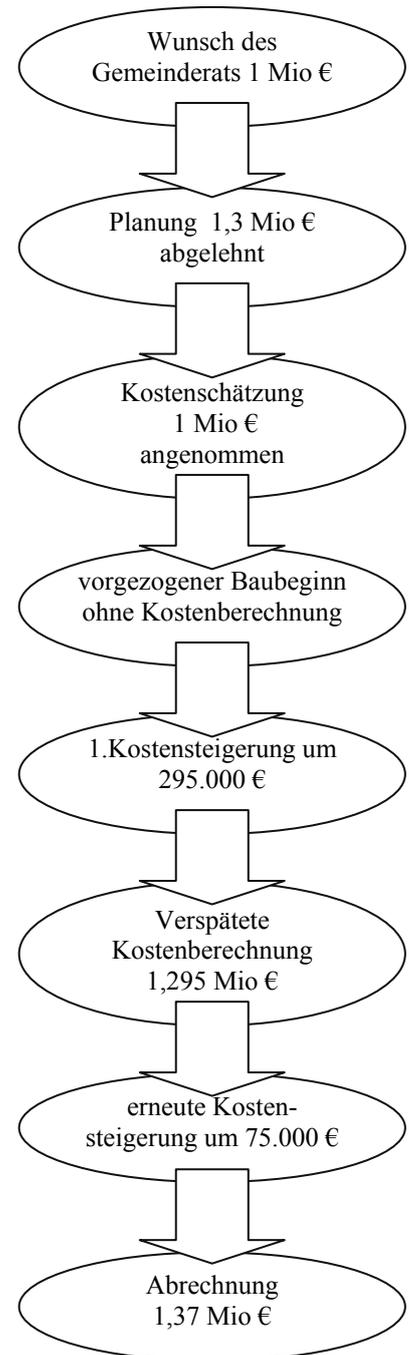
Folgende weitere Themen in dieser Ausgabe:

Die traurige Geschichte eines Gewerbegebiets	Seite 4
kurz gemeldet: Das Büchergeld – eine neue „Elternsteuer“?	Seite 4
Der Gemeinderat - ein gelähmtes Gremium	Seite 5
„Fairplay“, „Auszeit“, „Volkswirtschaft“ – wie geht es weiter?	Seite 6
Umgestaltung der Rosenheimer Straße: Ernstes Anliegen oder fauler Zauber?	Seite 6

Bluebox um 37 % teurer – warum?

Fortsetzung von Seite 1

- * Im Gemeindehaushalt 2004 waren für das Projekt rund 1 Mio € Euro vorgesehen.
- * Zu Beginn des Vorhabens forderte der Gemeinderat den Architekten einstimmig auf, die Grenze von 1 Mio € nicht zu überschreiten, nachdem dieser eine erste Schätzung von 1,3 Mio € vorgelegt hatte.
- * Zweiter Bgm. Loidl kam dem Auftrag des Gemeinderats nach und legte eine reduzierte Kostenschätzung über 1 Mio € vor.
- * Im Herbst 2004 begannen die Bauarbeiten an der Bluebox, ohne daß die für diese Planungsphase vorgeschriebene Kostenberechnung vorlag.
- * Die verspätet nachgereichte Kostenberechnung enthielt eine erste Kostensteigerung von 295.000 €.
- * Grund für diese Kostensteigerung war, dass die seit langem bekannte Bodenproblematik ignoriert wurde (siehe Text im Kasten), obwohl sie im Gemeinderat angesprochen worden war und für eine Kostenschätzung unbedingt zu beachten ist. Ebenso fehlten die Kosten für die Heizungsanlage.
- * Diese erste Kostensteigerung wurde von der Mehrheit des Gemeinderats gegen die Stimmen von UB und Grüner durchgewunken, ohne die Ursachen zu hinterfragen. Die späte Vorlage verhinderte eine wirksame Kostenkontrolle.
- * Obgleich viele Gewerke kostengünstiger erbracht worden waren, steigerten sich die Kosten bis zur Endabrechnung um weitere 75.000 €. Hauptgrund war, daß der Bodenaustausch um 130.000 € teurer wurde, als vom Architekten angenommen.
- * Damit belaufen sich die Gesamtkosten für die Blue Box in der Endabrechnung auf 1.370.000 €, sind also 37 % höher als ursprünglich veranschlagt.



Bei der Genehmigung der Endabrechnungen gingen Verwaltung und CSU lediglich von einer Kostensteigerung von 75.000 € (6 %) aus, bezogen auf 1,295 Mio €, nicht aber auf den ursprünglichen Gemeinderatsbeschuß über 1 Mio €.
 Es scheint, als ob über Versäumnisse (vernachlässigte Kontrolle oder gar Regreßnahme) hinweggetäuscht und der Öffentlichkeit wichtige Informationen vorenthalten werden sollen. Noch mehr ist beängstigend, wie sorglos die Mehrheit im Gemeinderat mit öffentlichen Geldern umgeht.

Schon vergessen?

Ab 1990 bis 1995 gab es im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit teils sehr heftige Diskussionen zu den Altlastenflächen im Gemeindebereich. Umfangreiches Material dazu füllt einen ganzen Aktenordner, insbesondere eine Untersuchung des Fachinstituts IGAWU von 1993 und eine Diplomarbeit von 1994. Die Deponie, an deren Rand die Blue Box steht, wurde als „potentiell höchst gefährlich mit Handlungsbedarf“ eingestuft, da dort von 1965 bis 1969 nicht nur Hausmüll, sondern auch höchst brisanter Industriegemüll (insgesamt 105.000 cbm, darunter große Mengen Altöl) entsorgt worden waren. Ein kompletter Bodenaustausch wurde aus Kostengründen abgelehnt. Eine Entwarnung gab es 1995 nur hinsichtlich oberflächlicher Ausgasung. **Zuständige Behörden wiesen aber auf dringende Maßnahmen hin, vor allem im Falle einer Bebauung.**

Am 4.2.1993 hatte eine Rammkernsonde wenige Meter neben der alten Blue Box bis in 8,80 m Tiefe Verfüllmaterial gefunden, das bis in 5 m Tiefe nach Öl roch. Beim Aushub einer Baugrube, noch dazu für eine Unterkellerung, musste man in die Nähe dieser Bohrung kommen. Deshalb erforderte der Neubau der Bluebox eine Absicherung mit vielen Bohrpfehlen, was zu einer entsprechenden Kostenexplosion führte. Bgm. Mayer begründete diese im November 2004 mit den „überraschenden“ Problemen der Bodenbeschaffenheit: „Wir haben gemeint, wir sind auf festem Boden.“

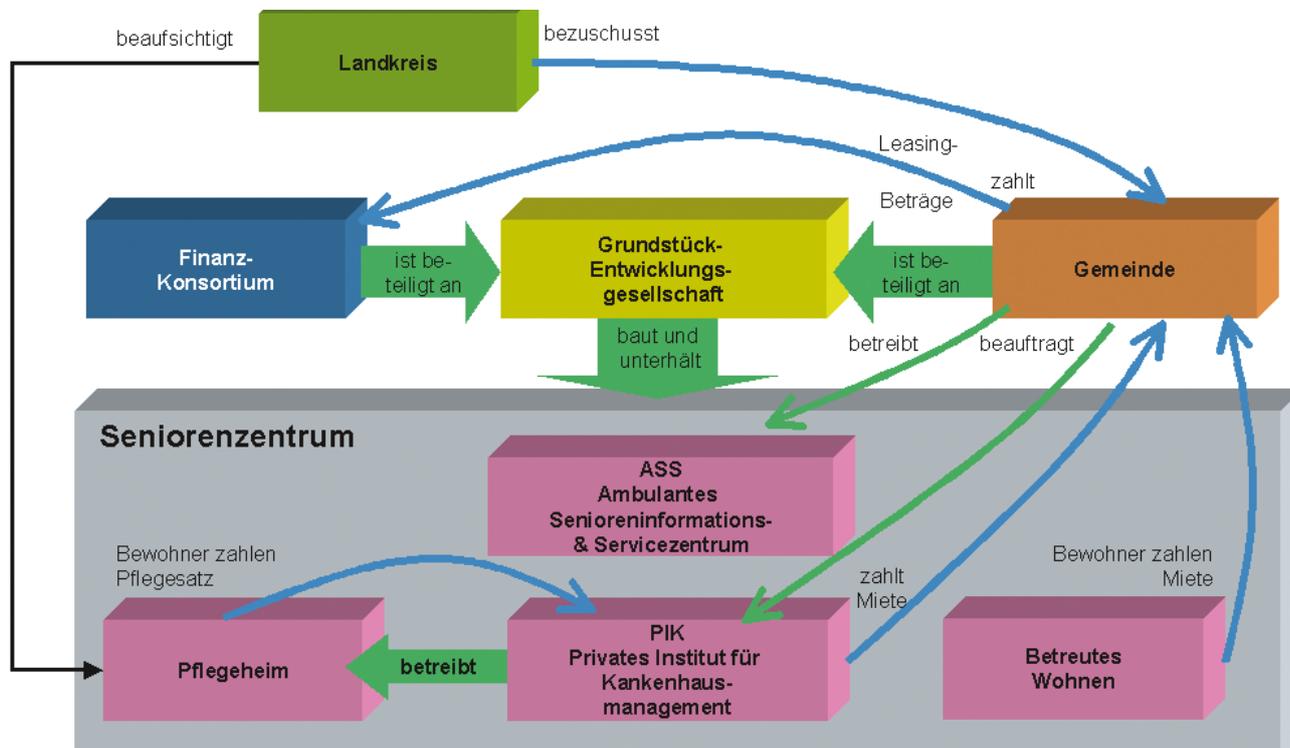
Die Gemeindefinanzen in Gefahr?

Fortsetzung von Seite 1

Diese neue Art der Zusammenarbeit hat aber auch ihre Schattenseiten:

★ Faktisch ist das PPP-Modell eine Kreditaufnahme, die jedoch so nicht im Haushalt erscheint. PPP bedeutet versteckte Schulden der Gemeinde.

- ★ PPP bedingt eine Art Miet- oder Pachtvertrag. Anders als bei einem Kredit ist eine vorzeitige Tilgung nicht möglich. Die Gemeinde ist an langfristige Zahlungsverpflichtungen gebunden.
- ★ PPP verringert die Kreditwürdigkeit der Gemeinde, da die langfristige Zahlungsverpflichtung die Bonität (Rating) der Gemeinde verschlechtert.



Die konkreten Risiken im Haushalt 2007

Finanzielle Risiken für die Gemeinde kommen aus dem kommunalen Haushaltsrecht: Die Rückzahlungen der Gemeinde an die privaten Investoren – 408.000 € im Jahr – werden im Vermögenshaushalt verbucht. Weitgehend gedeckt werden diese Zahlungen durch Mieteinnahmen aus dem „Betreuten Wohnen“ (144.500 €) und dem Pflegeheim (222.000 €), die in den Verwaltungshaushalt eingehen.

Dieses Modell setzt die herkömmlichen Regelungen außer Kraft, die eine Gemeinde vor Überschuldung bewahren, denn bei einem normalen Kredit ist die Gemeinde gesetzlich verpflichtet, im Verwaltungshaushalt soviel Überschuß zu erwirtschaften, dass sie im Vermögenshaushalt den Schuldendienst leisten kann.

Bei PPP dagegen erhält die Gemeinde im Verwaltungshaushalt durch die Mietzahlungen Einnahmen. Im Sinne einer soliden Haushaltsführung müssten diese eigentlich vollständig in den Vermögenshaushalt überführt werden, um dort die Ausgaben für das PPP zu decken. Dazu ist aber die Gemeinde vom Gesetzgeber nicht verpflichtet.

Diese scheinbaren Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt führen zu höheren Ausgaben. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das gemeindliche „Ambulantes Senioreneinformativ- und Servicezentrum“ (ASS), für das im Jahr 2007 über eine Anschubfinanzierung hinaus Ausgaben von 100.000 € vorgesehen sind. Die Gemeinde pumpt damit erhebliche Mittel in eine Aufgabe, die zu den Pflichtleistungen des Landkreises gehört.

Ungereimtheiten bei den Abrechnungen 2006

Das privat betriebene Pflegeheim hat 2006 einen deutlichen Überschuß erwirtschaftet. Dies liegt daran, dass das Pflegeheim zwar von Bewohnern die entsprechenden Investitionsbeiträge erhob, die die Mietzahlungen an die Gemeinde decken sollten. Tatsächlich hat

aber das Pflegeheim 2006 keine Miete an die Gemeinde bezahlt, da ein Mietvertrag erst im März 2007 abgeschlossen wurde. Eine Erklärung für diesen Vorgang fehlt bisher.

Ausblick: Die Finanzsituation der Gemeinde ist angespannt

Der Vermögenshaushalt, in dem die gemeindlichen Investitionen enthalten sind, hat sich 2007 mit knapp 13 Mio € mehr als verdoppelt. Der Investitionsplan bis 2010 ist mit 17,56 Mio €, bei dem mit Zuschüssen von 5,84 Mio € zu rechnen ist, ebenfalls auf einem Rekordniveau angelangt. Dabei ist der Anteil der Gemeinde für den Bau des Gymnasiums

mit ca. 8-10 Mio € noch gar nicht berücksichtigt. Da die Gemeinde jedoch derzeit nur Rücklagen von 7,6 Mio € hat, ist es notwendig, Prioritäten zu setzen. Bei Bgm. Mayer, CSU und AFW heißt es jedoch „Augen zu und durch“, obwohl sogar die gemeindliche Finanzverwaltung eine Empfehlung zum Sparen gab.

Die traurige Geschichte eines Gewerbegebietes

Es ist interessant, Wahlprogramme zur Kommunalwahl 2002 nachzulesen, z. B. zum Gewerbe. Die SPD will u.a. „...ausgewiesene Gewerbegebiete ihrer geplanten Nutzung zuführen“. Die CSU sprach gar von einem zusätzlichen Flächenbedarf von 4,7 ha und versprach für 2002-2008: „Es reicht nicht, im Flächennutzungsplan ein Gewerbegebiet auszuweisen, es muss auch beplant und in die Realität umgesetzt werden.“

Ach ja? Das am längsten ausgewiesene Gewerbegebiet in der Gemeinde wird zur Zeit bebaut: das ehemalige Sa-Woe-Gelände im Besitz der Bayerischen Hausbau. Allerdings sind inzwischen drei Viertel gewinnmaximierend in Wohngebiet umgewandelt worden!

Schon zwischen 1990 und 2002 beantragte die Bayerische Hausbau wiederholt die Umwandlung in Wohngebiet. Jedesmal lehnte der Gemeinderat diese Grundstücksspekulation einstimmig ab. Noch am 21. März 2002 entschied sich der damals scheidende Gemeinderat unter drei Planungsvarianten einstimmig für den eindrucksvollen Gewerbegebietentwurf des renommierten Stadtplaners Gert Goergens.

Die Kehrtwende erfolgte unter der CSU-Bürgermeisterin Ursula Mayer: Gegen die Stimmen der beiden UB-Gemeinderäte und der Grünen genehmigte der Gemeinderat am 3. März 2005 die von der

Bayerischen Hausbau hartnäckig angestrebte Wohnbebauung - wegen der für Gewerbe angeblich uninteressanten wirtschaftlichen Situation. Der Gemeinderat stellte daher sogar in Aussicht, das Gebiet im Falle eines Falles vollständig einer Wohnnutzung zuzuführen.

Seitdem wirbt die Bayerische Hausbau im CSU-Blatt „Höhenkirchen-Siegersbrunn aktuell“ mit ganzseitigen farbigen Anzeigen für das neue Wohngebiet. „**Ein Schelm, wer Böses dabei denkt**“

Eine vertane Chance

Sehr konkret war Anfang der 90er Jahre der Wunsch der Firma Merk, ihren Sitz aus der drangvollen Enge in München-Haidhausen in das Sa-Woe-Gelände in Höhenkirchen zu verlagern. Dem Gemeinderat wurde bei einer eindrucksvollen Führung nicht nur die umweltfreundliche Produktion mit einem innerbetrieblichen Recycling-System gezeigt, er durfte sogar unter drei fertigen Entwürfen wählen. Auch durch das niedrige Verkehrsaufkommen und die S-Bahn-Nähe (für die - meist weiblichen - Arbeitnehmer ohne Auto) schienen Firma und Gemeinde einen Glücksgriff zu tun. Alles scheiterte - weil die Bayerische Hausbau einen utopischen Grundstückspreis forderte....

Wir fragen:

- * Warum wurden in Höhenkirchen-Siegersbrunn trotz der abschließlichen Planungshoheit des Gemeinderates drei Viertel des attraktivsten Gewerbegebietes der Gemeinde in ein Wohngebiet umgewandelt?
- * Warum beugte man sich der spekulativen Behauptung der Bayerischen Hausbau, Gewerbeflächen seien nicht zu vermarkten, obwohl in Nachbargemeinden Gewerbeansiedlungen wie Pilze aus dem Boden schießen?



Wohngebiet (Bayerische Hausbau)

Gewerbegebiet
(Technologiezentrum,
bereits im Bau)

kurz gemeldet:

Das Büchergeld – eine neue „Elternsteuer“?

Büchergeld – ein viel diskutiertes Thema und durchaus wert, es am Beispiel unserer Gemeinde zu konkretisieren. Wir nehmen als Beispiel das Jahr 2005, da dieses Jahr im Gemeindehaushalt bereits komplett abgerechnet ist.

Von der Sigoho-Marchwart- und der Erich-Kästner-Schule wurden 2005 zusammen 13.140,- € an Büchergeld eingenommen. Dem stehen Ausgaben für Lernmittel von 7.574,08 € gegenüber. Von dem eingenommenem Geld wurden also 5.565,92 € noch nicht für Bücher ausgegeben.

Man würde nun eigentlich erwarten, dass dieses Geld dem Vermögenshaushalt als Rücklage für spätere Lernmittel-Anschaffungen

zugeführt wird, vor allem da das Büchergeld den Eltern von der Staatsregierung als zweckgebundene Abgabe zur Anschaffung von Schulbüchern verkauft wurde. Dem ist aber nicht so. Dieser Überschuss verschwindet in der Einnahmen - Überschussrechnung des Gemeindehaushalts und dient damit dazu, andere Ausgaben der Schulen zu finanzieren.

Fazit:

Das Büchergeld verdient diesen Namen nicht. Es ist nichts anderes als eine verdeckte Steuer, mit der Eltern das Geld aus der Tasche gezogen wird.

Der Gemeinderat – ein gelähmtes Gremium

In Höhenkirchen-Siegertsbrunn gibt es seit der letzten Kommunalwahl eine absolute Mehrheit. Da CSU und AFW seit jeher eine Fraktion bilden, kann sich Bgm. Mayer auf 13 von 21 Stimmen stützen.

Dass auch der Posten des 2. und 3. Bürgermeisters an die CSU ging, zeugte gleich zu Beginn von schlechtem Stil der Mehrheitsfraktion.

Blockadetaktik von CSU/AFW

Die CSU/AFW-Fraktion kann mit ihrer absoluten Mehrheit nicht nur alle anderen Initiativen abblocken, sie tut es auch: Kein einziger Antrag von UB, Grünen oder SPD ist bisher positiv beschieden worden.

Forderungen, die nicht abgelehnt werden können – wie die der UB nach regelmäßiger Berichterstattung über die gemeindlichen Finanzen –, erklärt Bgm. Mayer zu ihren eigenen. Der ursprüng-

liche Antrag ist dann wegen der „Initiative“ der Bürgermeisterin überflüssig.

Einige Mitglieder der CSU/AFW-Fraktion haben ein anderes Aufgabefeld für sich entdeckt: die Lahmlegung der Diskussion durch väterliche Vorschläge („Diskussionen sind ohnehin überflüssig und würden nur Zeit kosten“) bis zu Störaktionen bei kritischen Fragen an die Bürgermeisterin.

Der Gemeinderat: nicht informiert und übergangen

Die Bürgermeisterin kann es sich, wie im Falle des „HöSi“, erlauben, den Gemeinderat zu übergehen – die nachträgliche Zustimmung der Mehrheit ist ihr sicher.

Ihrer Informationspflicht kommt Bgm. Mayer nicht immer nach:

- ★ Die überraschten Gemeinderatsmitglieder erfuhren bei der Bürgerversammlung 2003 erstmals von der geplanten Sonderbaulast für die Umgehungsstraße.

- ★ Über die Gründung eines Initiativkreises Gymnasium informierte sich der Gemeinderat aus der Presse

- ★ Das im Herbst 2006 erstellte Gutachten zur Mobilfunkproblematik – vom Gemeinderat in Auftrag gegeben – wurde ihm vorenthalten.

Briefe, die Bürger an den Gemeinderat richten, leitet die Bürgermeisterin nicht immer weiter.

Fallbeispiel: Seniorenzentrum

Bald nach dem Start des ehrgeizigen Projektes berichteten betroffene Bürger einzelnen Gemeinderatsmitgliedern von Schwierigkeiten. Besorgte Nachfragen im Gemeinderat wiegelte Bgm. Mayer

stets mit dem Argument ab, es handle sich nur um Gerüchte oder Einzelfälle. Das ganze Ausmaß der dramatischen Entwicklung erfuhren die Gemeinderatsmitglieder mehrfach erst aus der Presse.

Mangelhaft vorbereitete Entscheidungen

Eine weitere Strategie der Bürgermeisterin ist es, unangenehme Tagesordnungspunkte nur mündlich vorzutragen, statt wie üblich für die Fraktionssitzungen Unterlagen vorzubereiten. Damit wird UB, Grüner und SPD die Vorbereitung erschwert.

Für den Grundsatzbeschluss über die Eingemeindung des Höhenkirchner Forstes gab es noch zwei Tage vor der Sitzung keine

Beschlussvorlage. Der Bau eines Gymnasiums sollte beschlossen werden, ohne dass eine zusammenfassende Bewertung und Kostenprognose vorlagen. Selbst in der Sitzung ließ sich Bgm. Mayer nur widerwillig und auf hartnäckiges Nachfragen der UB Angaben über die möglichen Kosten eines Gymnasiums – immerhin stattliche 8 bis 10 Millionen € Gemeindeanteil – entlocken.

Perspektiven für 2008

Bei der Kommunalwahl im März 2008 ist auf Verhältnisse zu hoffen, bei denen Beschlüsse nicht mehr von einer absoluten Mehrheit

durchgewunken, sondern durch konstruktive und kritische Arbeit aller Fraktionen erreicht werden.

Aufgaben von Bürgermeister und Gemeinderat

Die Gemeinde hat eine Doppelspitze aus Bürgermeister und Gemeinderat.

- ★ Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde nach außen und leitet die laufende Verwaltung.
- ★ Der Gemeinderat überwacht die Tätigkeit von Bürgermeister und Verwaltung. Er entscheidet über alle Angelegenheiten grundsätzlicher Natur.

Der Bürgermeister ist gleichzeitig Vorsitzender und stimmberechtigtes Mitglied im Gemeinderat. Er leitet also das Gremium, das seine Arbeit kontrollieren soll.

Was bedeutet eine absolute Mehrheit im Gemeinderat?

Eine absolute Mehrheit im Gemeinderat steigert die ohnehin starke Stellung des Bürgermeisters noch. Denn der Gemeinderat ist kein Parlament. Gemeinderatsmitglieder haben keine eigenständigen Rechte gegenüber der Verwaltung. Zu Auskünften, die für eine wirksame Kontrolle unerlässlich sind, sind Bürgermeister und Verwaltung nur dem gesamten Gremium verpflichtet – nicht aber einzelnen Mitgliedern oder Gruppierungen. Anders als im Bundes- oder Landtag hat die Opposition im Gemeinderat keine effektiven Einwirkungsmöglichkeiten. Eine absolute Mehrheit kann somit die Kontrollaufgabe des Gemeinderats vollständig lahmlegen.

„Fairplay“, „Auszeit“, „Volkswirtschaft“ – wie geht es weiter?

Im freundlichen hellen Gastraum stehen die Stühle auf den Tischen, die schöne Terrasse mit Blick ins Grüne ist verwaist. Im idyllischen Biergarten scheint es noch so, als könnte man Platz nehmen und die Kellnerin käme, um die Bestellung aufzunehmen, aber leider täuscht dieser Eindruck: Die gemeindeeigene Sportgaststätte, zuletzt „Volkswirtschaft“ genannt, ist schon seit einiger Zeit geschlossen.

Mit viel Eigenleistung aus der Gemeinde in den 70er Jahren gebaut, in den 90er Jahren mit viel Geld saniert und erst vor drei Jahren erneuert, macht das Gebäude einen soliden Eindruck. Allerdings sind nun erneut Maßnahmen erforderlich:

- ★ die Sanierung der Sanitäreinrichtungen im Keller (erstmal nach 30 Jahren);
- ★ die Umgestaltung des bisher von den Schützen genutzten Bereichs im Keller;
- ★ die Anpassung des Gebäudes an verschärfte Wärmedämmungsvorschriften;
- ★ die Behebung möglicher statischer Probleme des Dachs gemäß neuer Vorschriften.

In dieser Situation wird überlegt, das Gebäude ganz abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen. Allerdings soll allein der Abriß 179.000 € kosten. Für eine Entscheidung müssten aber zu-



nächst Zahlen über die Kosten von Sanierung und Neubau vorliegen sowie ein schlüssiges Gesamtkonzept für die künftige Nutzung des Sportplatzgeländes einschließlich der Gaststätte.

Umgestaltung der Rosenheimer Straße: Ernstes Anliegen oder fauler Zauber?

Nach Fertigstellung der Ortsumgehung Höhenkirchen-Siegertsbrunn (lt. Bgm. Mayer Ende 2008) soll die Ortsdurchfahrt den Status der Staatsstraße verlieren. Der größte Teil der Rosenheimer Straße bleibt Kreisstraße, südliche Ausläufer gehen in Gemeindebesitz über. Damit wäre erst einmal zu klären gewesen, wie weit der Landkreis einen Straßenrückbau im Bereich des Ortskerns Höhenkirchen überhaupt akzeptiert.

Stattdessen wurden nun Anwohner und sonstige interessierte Bürger zu einem Informations- und Meinungsaustausch geladen, nachdem die Umgestaltung der Rosenheimer Straße schon wiederholt im „Arbeitskreis Ortsentwicklung und Mobilität“ der Zukunftswerkstatt ein Thema gewesen war. Nun überraschte Bgm. Mayer die Anwesenden mit der freudigen Mitteilung, dass bei Verschönerungen im Erscheinungsbild der Rosenheimer Straße die Ausbaubeurteilung der Gemeinde zum Tragen kommt. Das bedeutet für die Anlieger, dass sie, abhängig von der Art der Baumaßnahme,

zwischen 20% und 80% der Kosten übernehmen müssten. Auf das Entsetzen der anwesenden Anlieger reagierte Bgm. Mayer mit der Idee, auch Nicht-Anlieger an den Kosten zu beteiligen, da ja schließlich alle Bürger von den Vorteilen einer Neugestaltung profitieren würden.

Nach der zweiten Sitzung zu diesem Thema, als es schon um die Gestaltung eines vorher besprochenen Fragebogens ging, kam von der Bürgermeisterin der Rückpfiff: „Als Kreisstraße unterliegt das Kernstück der Rosenheimer Straße gar nicht gemeindlicher Planung“ – was ja eigentlich von Anfang an bekannt war.

Damit werden der Arbeitskreis „Umgestaltung Rosenheimer Straße“ und das bereits investierte Engagement zur Farce. Die Anlieger werden nach Kostenminimierung streben, die Rolle des Landkreises ist unklar, die Zielsetzung der Bürgermeisterin diffus. Schade ist, dass auf diese Weise keine Chance auf eine Verschönerung des Höhenkirchner Ortskerns besteht.

Haben Sie Interesse, sich kommunal-, aber nicht parteipolitisch zu engagieren? Oder möchten Sie sich einfach nur informieren?

Besuchen Sie uns im Internet unter www.ub-hksbr.de oder kommen Sie einfach zu einem der UB-Stammtische, die jeden letzten Montag im Monat um 20 Uhr in der „Alten Apotheke“, Bahnhofstraße, stattfinden! Die Ankündigung finden Sie in der Tagespresse ein paar Tage vorher.

Impressum: Herausgeber (V.i.S.d.P.): Unabhängige Bürger für ein lebenswertes Höhenkirchen-Siegertsbrunn,
1. Vorsitzender Ulrich Bug, Rieschbogen 64c, 85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn; Redaktion: Ulrich Bug, Franz Dielmann, Albert Reichold, Florian Sepp, Sigrid Zachary - Layout: MdotK - Martin Kaspar, Dachauerstr. 312, 80993 München, www.mdotk.com - Satz und Druck: Alfred Hintermaier, Nailastr.5, 81737 München; Auflage: 4500 Exemplare

